

Elke März-Granda
Dr. Stefan Müller-Kroehling
Fraktion CSU/LM/JL/BfL

Landshut, 23.06.2021

An den
Stadtrat der
Stadt Landshut
Rathaus / Altstadt 315
84028 Landshut



Nr. 247

PK

Antrag

Die Verwaltung möge den Sachstand zum Vollzug des Umweltsenatsbeschlusses Nr. 8 vom 02.12.2008 berichten.

Dabei ist insbesondere darauf einzugehen, wieso der Müllberg bislang nicht als „Energieberg“ genutzt wird und wann die beschlossene Machbarkeitsstudie vorgestellt wird.

Begründung:

Siehe Antrag Stadträtin März-Granda vom 27.09.2008 und die einschlägigen Beschlüsse des Stadtrates insbesondere zum Thema Energieautarkie und Klimaschutz. Hinzu kommt der Synergieeffekt mit dem benachbarten Biomasse-BHKW mit dem vorhandenen Fernwärmenetz und dem Wärmespeicher (Antrag Stadtrat Schnur vom 17.09.2014) als Abnehmer und Speicher.

Auf den LZ-Bericht vom 1. Oktober 2008 in dem unter anderem ausgeführt wird, wird hingewiesen:

„Die Verwaltung soll **kurzfristig** prüfen, ob der Müllberg als Standort geeignet ist. Bei einem positiven Ergebnis soll die Fläche **zeitnah** als Bürgerbeteiligungsmodell ausgeschrieben werden.“

gez.

gez.

gez.

Elke März-Granda

Dr. Stefan Müller-Kroehling

f. d. Fraktion CSU/LM/JL/BfL
Rudolf Schnur

CSU-Fraktion

Nr.155
Elke März-Granda
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Stadträtin Landshut

Elke März-Granda • Klausenbergweg 29 • 84036 Landshut

An den
Stadtrat Landshut
Rathaus

84028 Landshut



Klausenbergweg 29
84036 Landshut
Tel. (0871) 4880
Fax (0871) 2763619
E-mail: Elke.Maerz-Granda@gmx.de

Landshut, den 27.09.2008

Antrag: „Vom Müllberg zum Energieberg“

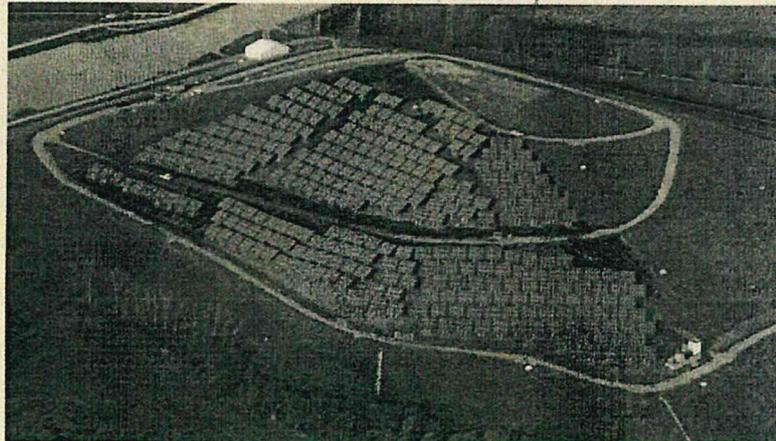
Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung prüft kurzfristig, ob der alte Landshuter Müllberg als Standort für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage geeignet ist.
2. Bei positiver Prüfung soll die Fläche zeitnah als Bürgerbeteiligungsmodell ausgeschrieben werden.
3. Eine Beteiligung der Stadt soll ebenfalls in Erwägung gezogen werden.

Begründung:

In vielen Städten Deutschlands werden Mülldeponien für PV-Freiflächenanlagen zur umweltfreundlichen Stromerzeugung genutzt. So produziert beispielsweise der Fürther Müllberg (siehe Foto unten) seit 2004 Spitzenerträge bei der Stromerzeugung und versorgt ca. 250 Haushalte mit Solarstrom. Damit werden pro Jahr ca. 670 Tonnen CO₂ eingespart. Nachdem die für Solarstrom geltenden Vergütungssätze für die kommenden Jahre prozentual sinken, ist eine schnellstmögliche Umsetzung angeraten.

Elke März-Granda





Auf dem Dach der Hauptfeuerwache an der Niedermayerstraße sowie den Dächern von sechs weiteren städtischen Gebäuden sollen Photovoltaikanlagen errichtet werden. Darüber informierten (kleines Bild von links) Bürgermeister Thomas Keßner, Oberbürgermeister Hans Rampf und Stadtkämmerer Rupert Aigner.

Mittwoch, 1. Oktober 2008

LANDSHUT HEI

Bürger können Anteil

Auf sieben städtischen Gebäuden sollen Phot

Um das 2007 beschlossene Energiekonzepts der Stadt umzusetzen, sollen zunächst auf sieben städtischen Gebäuden Photovoltaikanlagen errichtet werden. Daran können Bürger Anteile erwerben. Darüber informierten gestern bei einer Pressekonferenz im Rathaus Oberbürgermeister Hans Rampf, Bürgermeister Dr. Thomas Keßner und Kämmerer Rupert Aigner.

Die Anlagen sind auf den Dächern des Sonderpädagogischen Förderzentrums an der Schulstraße, der

Grundschule Peter und Paul, der Hauptfeuerwache, der Grund- und Hauptschulen Nikola und St. Wolfgang sowie des Kindergartens an der Wilhelm-Dieß-Straße und der Grundschule Auloh vorgesehen. Rund 5200 Quadratmeter Fläche stehen auf diesen Dächern zur Verfügung. Mit den Solaranlagen soll Strom erzeugt werden, der ins Netz eingespeist wird, wofür es festgelegte Vergütungen gibt.

Das Investitionsvolumen bei dieser „Gemeinschaftsaktion für die Solarstadt Landshut“ werde sich

auf etwa zwei Millionen Euro belaufen, sagte Keßner. Und Oberbürgermeister Rampf betonte, es sollt noch weitere Photovoltaikanlagen errichtet werden – in einer Größe von bis zu 20 000 Quadratmetern. Auch die Stadtwerke sollt verstärkt Flächen für diese Zwecke zur Verfügung stellen.

Als Bauherr wird allerdings nicht die Stadt auftreten. Vielmehr werden die Investoren die Anlagen bauen. Die Ausschreibung dafür sei bereits erfolgt, jetzt würden die Angebote ausgewertet, sagte Aigner. Im Ra

erwerben oltaikanlagen entstehen

men der Auswertung werde auch entschieden, ob ein Unternehmen oder mehrere die Anlagen bauen. Vom jeweiligen Investor würden dann interessierte Bürger Anteile an den Solaranlagen erwerben können. Dass dafür Bedarf entstehe, habe man von den Banken erfahren.

Laut Aigner wird die Stadt von den Investoren eine Miete für die Benutzung der Dächer erhalten. Gerechnet wird mit Anlagenlaufzeiten von rund 20 Jahren.

Die Stadtrats-Grünen sind dafür, dass auf dem alten Müllberg bei der Müllverbrennungsanlage im Stadtosten eine Photovoltaikanlage als Bürgerbeteiligungsmodell errichtet wird. Die Verwaltung soll kurzfristig prüfen, ob der Müllberg als Standort geeignet ist. Diese Forderung enthält ein Antrag von Stadträtin Elke März-Granda. Bei einem positiven Ergebnis soll die Fläche zeitnah als Bürgerbeteiligungsmodell ausgeschrieben werden. -fb-

Beschl.-Nr. 8

STADTRAT LANDSHUT

I.

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Umweltsenates vom 02.12.2008

Betreff: Photovoltaik-Freiflächenanlage auf dem Alten Müllberg
- Antrag der Frau Stadträtin Elke März-Granda vom 27.09.2008, Nr. 155 -

Referent: Ltd. Rechtsdirektor Hohn

Von den 10 Mitgliedern waren 7 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Vorsitzenden einstimmig beschlossen:

- " 1. Von der Darlegung der mit der Errichtung von PV-Anlagen auf dem Alten Müllberg verbundenen Probleme durch den Fachbereichsleiter Umweltschutz wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarkeit der PV-Nutzung auf Dach- bzw. Freiflächen mit den Erfordernissen des laufenden Sanierungsprojektes in organisatorischer bzw. technischer Hinsicht zu untersuchen. Zur technischen Machbarkeit ist eine Studie erstellen zu lassen.
3. Die Ergebnisse sind dem Umweltsenat vorzustellen."

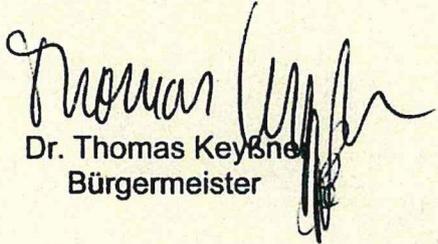
II. In Abdruck an

- a) Herrn Vorsitzenden
- b) Frau Stadträtin Elke März-Granda
- c) das Hauptamt
- d) das Amt für öffentliche Ordnung und Umwelt,
Fachbereich Umweltschutz
- e) das Referat 3, Abt. 2
- f) das Referat 5
- g) das Referat 6
- h) die Fraktionen
- i) Frau Stadträtin Christine Ackermann
- j) Frau Stadträtin Kirstin Sauter
- k) Herrn Stadtrat Raimund Lohr

III. Referat 3

3

Landshut, den 02.12.2008
STADT LANDSHUT


Dr. Thomas Keyßner
Bürgermeister